
Kapitalflucht – eine helvetische Daueraffäre

Tobias Bauer



Electronic version

URL: <http://journals.openedition.org/sjep/1152>

DOI: 10.4000/sjep.1152

ISSN: 1663-9677

Publisher

Institut de hautes études internationales et du développement

Printed version

Date of publication: 1 janvier 1990

Number of pages: 165-192

ISSN: 1660-5926

Electronic reference

Tobias Bauer, « Kapitalflucht – eine helvetische Daueraffäre », *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik* [Online], 9 | 1990, Online erschienen am: 31 März 2013, abgerufen am 08 September 2020. URL : <http://journals.openedition.org/sjep/1152> ; DOI : <https://doi.org/10.4000/sjep.1152>

Kapitalflucht – eine helvetische Daueraffäre*

Tobias Bauer

Die bankenpolitische Diskussion der Schweiz wird zurzeit von einer Vielzahl von Drogengeld-Skandalen und den als Folge davon geplanten gesetzlichen Massnahmen gegen Geldwäscherei beherrscht. Die "traditionelle" Kapitalflucht ist demgegenüber trotz aktuellen Fällen – wie die laufenden Rechtshilfeverfahren in den Fällen Marcos und Duvalier – etwas in den Hintergrund gerückt. Aber nicht nur Drogengeld, auch Fluchtgeld tötet.

Der vorliegende Beitrag geht der Spur dieses tödlichen Geldes nach und streift die Geldwäscherei-Problematik nur ganz am Rande. Vor dem Hintergrund der internationalen Kapitalflucht-Debatte wird im folgenden die herausragende schweizerische Position im internationalen Fluchtgeld-Karussell skizziert. Aufgrund dieser besonderen Stellung bilden die Auseinandersetzungen um Abwehrmassnahmen seit Jahren einen Dauerbrenner in der entwicklungspolitischen Diskussion unseres Landes. Der Beitrag beleuchtet diese Diskussion und fragt nach den entwicklungspolitischen Forderungen gegen die ungebremsste Aufnahme von Fluchtgeldern.

* Der vorliegende Beitrag entstand im Rahmen des Nationalfonds-Forschungsprojektes "Die Schweiz und die Verschuldung der ärmeren Entwicklungsländer - Zusammenhänge, Entwicklungen und Handlungsansätze". Die darin vertretenen Ansichten liegen in der alleinigen Verantwortung des Autors.

1. Zur internationalen Kapitalflucht-Diskussion

Während Jahren stellte das Phänomen der Kapitalflucht in der internationalen Verschuldungsdebatte ein Unthema dar, mit welchem sich höchstens entwicklungspolitische Kreise beschäftigten. In den letzten Jahren allerdings hat sich die Kapitalflucht innert kurzer Zeit zu einem eigentlichen Modethema innerhalb der internationalen Finanzorganisationen wie auch der "Mainstream-Economics" entwickelt.¹ Diese erstaunliche Entwicklung veranlasste das Magazin "Hebdo" zur ironischen Frage, ob sich "die Grossen dieser Welt plötzlich zum Evangelium der Linken bekehrt" hätten.² Der Grund des erwachten Interesses ist allerdings vielmehr in eigennützigen Motiven der Akteure des Nordens zu suchen. Nach dem Ausbruch der Schuldenkrise konnte die Kapitalflucht den Banken nämlich als willkommenes Argument zur Verweigerung von Neukrediten dienen (welche ja nur wieder als Fluchtgelder zurückkehren würden...). Die Diskussion in den oberen Etagen der internationalen Finanzorganisationen und Banken macht es sich – mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen – zudem recht einfach, indem die Gründe der Kapitalflucht einseitig bei den Abflussländern geortet und die Zuflussländer und -banken von ihrer Mitverantwortung entlastet werden. Trotzdem ergeben sich aus den im folgenden skizzierten Ergebnissen der internationalen Diskussion nützliche Instrumente für die Analyse der schweizerischen Rolle und möglicher Handlungsmassnahmen bei uns.

1.1. Definition und Grössenordnung der Kapitalflucht

Mit der Kapitalflucht verhält es sich wie mit der sprichwörtlichen Giraffe: Obwohl leicht zu identifizieren, bereitet ihre Definierung einige Schwierigkeiten. Bis heute existiert keine allgemein akzeptierte einheitliche Begriffsbestimmung. Einigkeit besteht darüber, dass es sich bei der Kapitalflucht um den Kapitalexport von Privaten handelt, während staatliche Kapitalanlagen im Ausland (Währungsreserven) nicht einbezogen werden. In der internationalen Diskussion haben sich drei hauptsächliche Definitionen herausgeschält:

- Eine erste, ökonomische Definition stellt die Motive, die zur Kapitalflucht führen, in den Vordergrund. In dieser Sichtweise ist Fluchtkapital ganz einfach Kapital, das vor irgendwelchen ungünstigen Rahmenbedingungen "flieht".³ Zur Abgrenzung der Kapitalflucht sind also Vorstellungen darüber nötig, welcher Teil der privaten Kapitalanlagen im Rahmen einer "normalen" Anlagestreuung erfolgt und somit keine "Kapitalflucht" darstellt. Meistens werden Direktinvestitionen und andere langfristige Kapitalanlagen nicht der Kapitalflucht zugerechnet.
- Eine zweite, ebenfalls ökonomische Definition erfasst die Kapitalflucht von ihren Auswirkungen her. In diesem Sinn kann Kapitalflucht definiert werden als "Akkumulierung von Nettoauslandguthaben durch den privaten Sektor in einer Periode, in der der öffentliche Sektor Nettoauslandverpflichtungen

akkumulieren oder Nettoauslandguthaben abbauen muss".⁴ Für Defizitländer stellt also der gesamte private Kapitalabfluss Kapitalflucht dar, wird doch dadurch der öffentliche Sektor zu harten Anpassungsmassnahmen gezwungen, sei es im Rahmen der Kapitalbilanz (Steigerung der Verschuldung, Abbau der Währungsreserven) oder im Rahmen der Ertragsbilanz (Steigerung der Exporte, Senkung der Importe).⁵

- Die dritte Definition setzt bei juristischen Kriterien an. Weil der private Kapitalexport für die Defizitländer zu grossen Kosten führt, haben die meisten Länder der Dritten Welt Bestimmungen gegen den freien Kapitalexport aufgestellt.⁶ Daran anknüpfend wird dann von Kapitalflucht gesprochen, "wenn legal oder illegal erworbene Gelder unter Verletzung von Vorschriften des Domizillandes ins Ausland transferiert werden". Sinnvollerweise werden unter dieser Begriffsbestimmung auch Gelder subsummiert, die zwar ohne Verletzung von Kapitalausfuhrvorschriften transferiert, aber dem Fiskus des Herkunftslandes entzogen worden sind.

Welche der Definitionen verwendet werden soll, hängt natürlich vom jeweiligen Erkenntnisinteresse ab. Für eine entwicklungspolitische Analyse, welche sich auf die volkswirtschaftlichen Folgewirkungen in den Abflussländern konzentriert, steht die zweite Definition im Vordergrund.

Die Art der Definition beeinflusst auch die Schätzung der Kapitalfluchtbeträge. Diese ist nur annäherungsweise möglich, spielt sich die - illegale - Kapitalflucht doch naturgemäss ausserhalb der behördlichen statistischen Erfassung ab. Die Kapitalfluchtschätzungen müssen sich denn auch vorwiegend auf statistische Ungereimtheiten und Löcher stützen, die als Folge von Kapitalflucht entstehen. In den letzten zwei bis drei Jahren hat ein eigentlicher Boom von Kapitalfluchtschätzungen eingesetzt, wobei drei unterschiedliche Schätzmethoden im Vordergrund stehen⁷:

- Methode 1: Die Kapitalflucht wird durch Summierung einzelner Posten der Zahlungsbilanz des Abflusslandes berechnet, in denen private Kapitalabflüsse ihren Niederschlag finden. Es wird angenommen, dass der Defizitposten der statistischen Irrtümer und Auslassungen ("Errors and Omissions") geheime private Kapitalabflüsse widerspiegeln und vollumfänglich der Kapitalflucht zugerechnet werden kann. Die "Errors and Omissions" werden um statistisch erfasste private Abflüsse ergänzt, wobei die genaue Abgrenzung von der gewählten Begriffsbestimmung abhängt. Im allgemeinen werden nur die kurzfristigen Anlagen ("hot money") einbezogen. Eine solche Kapitalfluchtberechnung wird beispielsweise von Cuddington (1986) vorgenommen.
- Methode 2: Die Berechnung nach Methode 1 verwendet nur Angaben aus der Zahlungsbilanz des Abflusslandes. Diese weist aber die Verschuldungszunahme des Landes systematisch zu tief aus, was zu einer Unterschätzung der Kapitalflucht führt. Die Methode 2 berücksichtigt dies, indem sie die Kapitalflucht als Differenz zwischen dem Zufluss von Kapital aus dem Ausland (Verschuldungszunahme nach Schuldenstatistik von IWF/Weltbank und Net-

tozufluss an Direktinvestitionen) und der in der Zahlungsbilanz ausgewiesenen Verwendung dieser Gelder (Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits und Erhöhung der Währungsreserven) berechnet. Indirekt werden somit die "Errors and Omissions" sowie die gesamten privaten Abflüsse der Kapitalflucht zugerechnet. Diese Methode wird beispielsweise von Weltbank (1985), Erbe (1985), Morgan Guaranty Trust Company (1986) und Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (1989) verwendet.

- Methode 3: Diese von Dooley (1986) entwickelte Schätzmethode ist durch die juristische Definition inspiriert. Als Fluchtgeld werden alle Auslandsanlagen betrachtet, welche nicht zu Kapitalerträgen in der Ertragsbilanz führen. Die Methode berechnet somit jenen Teil der Auslandsanlagen, über welchen die Regierung die Kontrolle verloren hat. Die Richtigkeit der Schätzung hängt entscheidend von der Richtigkeit der zugrundegelegten durchschnittlichen Rendite auf den Auslandsanlagen ab.

Trotz der unterschiedlichen Definitionen, statistischen Abgrenzungen und Schätzmethoden, welche hier nur angedeutet werden können, liegen die zahlenmässigen Fluchtgeldschätzungen durchwegs in vergleichbarer Grössenordnung. "Was begrifflich exakt schwer zu fassen ist" wird, wie es der deutsche Kapitalflucht-Experte Dieter Duwendag ausdrückt, "durch die tatsächlich zu beobachtenden, gigantischen Grössenordnungen der privaten Kapitalabflüsse rasch geklärt – zwar nicht präzise, aber doch der Tendenz nach."⁹ *Tabelle 1* fasst die Resultate einer Studie des IWF zusammen.¹⁰ Für die gesamte Dritte Welt (kapitalimportierende Länder) macht die Kapitalflucht im weiteren Sinn (Durchschnitt aus den Methoden 1 und 2) im Zeitraum von 1975 bis 1985 gut 30 Prozent der gleichzeitigen Schuldenzunahme aus; die Kapitalflucht im engeren Sinn (nach Methode 3) liegt bei 22 Prozent. Andere Schätzungen kommen noch auf erheblich höhere Werte: So errechnet beispielsweise Duwendag aufgrund der Methode 2 für eine Auswahl von 12 Entwicklungsländern im Zeitraum von 1970 bis 1983 eine Quote zwischen Kapitalflucht und Verschuldungszunahme von nahezu 60 Prozent.¹¹ Als äusserst grobe Faustregel kann aus den verschiedenen Schätzungen abgeleitet werden, dass die Kapitalflucht der Dritten Welt durchschnittlich mindestens ein Drittel der Verschuldungszunahme beträgt.

Wie *Tabelle 1* weiter zeigt, ist die Bedeutung der Kapitalflucht regional allerdings recht unterschiedlich. Betroffen ist vor allem Lateinamerika mit Kapitalfluchtquoten von 44, resp. 36 Prozent (für Kapitalflucht im weiteren und im engeren Sinn). Für einige Länder übertreffen die geschätzten Fluchtgelder sogar die gesamte Auslandsverschuldung.¹² Die Kapitalflucht im engeren Sinn ist für Afrika und die europäischen Entwicklungsländer mit je rund 23 Prozent ebenfalls sehr bedeutend. Hingegen weisen die Länder Asiens und des Nahen Ostens zwar eine ähnlich hohe Kapitalflucht im weiteren Sinn auf, diese stellt aber nur zu einem kleineren Teil illegale Kapitalflucht dar.

Alle bisher aufgeführten Schätzungen erfassen jene Kapitalfluchtwege nicht, die in der Zahlungsbilanz des Abflusslandes keinerlei Diskrepanzen hinterlassen. Dazu zählen zum einen der Schmuggel von Wertgegenständen, zum an-

Tabelle Nr. 1

Kapitalflucht aus kapitalimportierenden Entwicklungsländern, 1975-1985, in Mrd. \$					
	(1) Kapital- flucht i.w. Sinn	(2) Kapital- flucht i.e. Sinn	(3) Zunahme Verschuldung	(4) (1)/(3) in %	(5) (2)/(3) in %
Afrika	30,4	28,5	125,3	24,3	22,7
Asien	50,6	18,3	207,1	24,4	8,8
Europa	18,1	24,0	106,4	17,0	22,6
Naher Osten	23,1	6,2	115,1	20,1	5,4
Lateinamerika	131,0	106,6	299,0	43,8	35,7
Total	253,2	183,6	825,8	30,7	22,2
Anmerkungen: Kapitalflucht im weiteren Sinn: Durchschnitt aus Schätzmethoden 1 und 2 (vgl. Text) Kapitalflucht im engeren Sinn: nach Schätzmethode 3 (vgl. Text)					
Quelle: Deppler Michael, Martin Williamson: Capital Flight: Concepts, Measurement, and Issues, in: Staff Studies for the World Economic Outlook, Washington: International Monetary Fund, August 1987					

dern – und sicher gewichtiger – Preismanipulationen von Handelsgeschäften. So kann ein Exporteur im Entwicklungsland mit der Abnehmerfirma im Ausland eine Unterfakturierung der Lieferung vereinbaren; die Differenz zwischen dem Fakturawert und dem effektiven Lieferwert wird von der Abnehmerfirma auf ein geheimes Konto des Exporteurs in der Schweiz überwiesen. Ein gleicher Effekt kann durch Überfakturierung von Importen erreicht werden, indem die Lieferfirma im Ausland den "zuviel" bezahlten Teil auf das entsprechende Fluchtkonto weiterleitet. Unbestritten ist die grosse Bedeutung der Unterfakturierung von Exporten. Einer Überfakturierung von Importen wirken die in Entwicklungsländern relativ hohen, auf dem deklarierten Importwert berechneten Importabgaben entgegen.¹³ Über das Ausmass der durch Preismanipulationen im Handel erfolgten Kapitalflucht bestehen nur sehr spärliche und kaum quantifizierte Untersuchungen. Insofern kann diese Kapitalflucht nur im Sinn einer tendenziellen Erhöhung der obigen Schätzungen einbezogen werden. Eine ganz besondere Bedeutung kommt den Manipulationen von Handelsgeschäften natürlich bei multinationalen Gesellschaften zu, welche über die Festsetzung von Transferpreisen beinahe grenzenlos Gewinne zwischen einzelnen Tochtergesellschaften und Gastländern verschieben können. Wenn es sich dabei auch nicht um spezifische Kapitalfluchtproblematik handelt, so sind die Auswirkungen

solcher Gewinnabzüge für die betroffenen Länder identisch mit jenen der Kapitalflucht.¹⁴

Wie hoch ist der gesamte Bestand an Drittwelt-Fluchtgeldern heute zu schätzen? Deppler/Williamson (1987) beziffern die gesamten Auslandsanlagen der Dritten Welt für Ende 1985 auf 511 Milliarden Dollar. 324 Milliarden davon entfallen auf Privatleute. Dieser nach Methode 1 berechnete Fluchtgeldbestand entspricht einem Anteil an der Verschuldung von 32 Prozent. Bei gleichbleibender Kapitalfluchtquote kann der Fluchtgeldbestand für Ende 1988 auf rund 400 Milliarden Dollar veranschlagt werden. Dieser Betrag ist eher zurückhaltend geschätzt und aufgrund der zusätzlichen Kapitalflucht über Manipulation von Fakturierungen nach oben zu korrigieren. Sehr grob kann somit der gesamte Drittwelt-Fluchtgeldbestand auf 500-700 Milliarden Dollar geschätzt werden, das heisst auf die Grössenordnung von 1000 Milliarden Schweizer Franken.

1.2. Ursachen und Folgen der Kapitalflucht

Die Motive für die Kapitalflucht sind in den Bereichen Rendite, Sicherheit und Geheimnisschutz zu orten.¹⁵ Je höher Rendite, Sicherheit und Geheimnisschutz von Kapitalanlagen im Ausland im Vergleich zum Inland sind, desto eher werden Privatleute in Entwicklungsländern ihr Kapital ins Ausland transferieren. Für die Kapitalflucht spielen also "Push"-Faktoren im Abflussland, welche Kapital vertreiben, wie "Pull"-Faktoren im Zuflussland, welche Kapital anziehen, eine Rolle.

Zu den hauptsächlichsten Push-Faktoren zählt das wirtschaftliche Rahmenrisiko im Abflussland. Wenn die Währung des Entwicklungslandes stark überbewertet ist oder wenn hohe Inflation, staatliches Budgetdefizit und Auslandsverschuldung eine Abwertung der Währung erwarten lassen, wird eine Anlage im Ausland immer attraktiver. Auch wenn die Rendite im Inland nominal höher liegt als im Ausland, lohnt sich die Kapitalflucht solange wie die Verschlechterung des Wechselkurses die Differenz in der nominalen Rendite mehr als kompensiert. In der Verschuldungskrise hat das wirtschaftliche Rahmenrisiko sicher die wichtigste Rolle beim Anheizen der Kapitalflucht gespielt. Einen unabhängig vom Rahmenrisiko wirkenden Push-Faktor stellt aber auch die vielfach unter dem Druck der ausländischen GeldgeberInnen in Entwicklungsländern übliche Bevorzugung von ausländischen AnlegerInnen gegenüber einheimischen AnlegerInnen dar, indem diese beispielsweise von Steuerbefreiung, höheren Zinsen und staatlichen Garantien profitieren können. Für einheimische AnlegerInnen lohnt es sich deswegen, ihr Geld ins Ausland zu verbringen und es als privilegiertes Auslandskapital wieder zurückfliessen zu lassen. Solche "Roundtrip"-Kapitalflüsse waren vor allem vor Ausbruch der Schuldenkrise sehr gebräuchlich.

Bei sämtlichen Motiven spielen Pull-Faktoren in den Zuflussländern aber ebenfalls eine wichtige Rolle. Zum einen hat die Hochzinspolitik der USA die Rendite für Fluchtgelder stark verbessert. Zum andern ermöglichen verschiedene Zuflussländer den Kapitalflüchtigen, ihr Kapital ohne Risiko der Kontrolle

des Herkunftslandes und jeglicher Besteuerung zu entziehen und üben damit - unabhängig vom wirtschaftlichen Rahmenrisiko im Abflussland - eine eigentliche Sogwirkung auf die Fluchtgelder aus. Drei Faktoren sind dabei von besonderer Bedeutung:

- Erstens: die Verweigerung oder restriktive Handhabung der internationalen Rechtshilfe gegenüber den Abflussländern, welche dem Fluchtkapital auf die Spur kommen wollen.
- Zweitens: das Anbieten von verrechnungssteuerfreien Anlagen. Unter der Verrechnungssteuer wird eine an der Quelle erhobene Steuer auf Kapitalerträgen verstanden, welche den AnlegerInnen zurückerstattet wird, wenn diese ihre Kapitalanlage ordnungsgemäss versteuern. Andernfalls verlieren die AnlegerInnen die Verrechnungssteuer, was Kapitalflucht und Steuerhinterziehung natürlich bedeutend weniger attraktiv macht.
- Drittens: die Beihilfe von Banken und Mittelspersonen zur Kapitalflucht und zur Verschleierung von Kapitalflüssen gegenüber den Behörden.

Neben den "Offshore"-Finanzzentren¹⁶ der Dritten Welt ist dabei vor allem die Schweiz angesprochen. Aber auch andere Industrieländer haben keine weisse Weste: So wird beispielsweise die Rechtshilfe (Durchbrechung des Bankgeheimnisses) bei Steuerhinterziehung ausser von der Schweiz (und Liechtenstein) auch von Luxemburg verweigert; Österreich kennt anonyme Konten, bei denen die Rechtshilfe ins Leere stösst. Fast alle Industrieländer bieten gewichtige Anlagebereiche für AusländerInnen an, die von der Verrechnungssteuer ausgenommen sind.¹⁷ In den letzten Jahren wurden diese Möglichkeiten von vielen Ländern im Rahmen eines eigentlichen "beggar-my-neighbour"-Wettbewerbs noch ausgebaut. Und schliesslich ist es den Banken nirgends verboten, Beihilfe zur Kapitalflucht zu leisten.

Welches sind nun die Folgen der Kapitalflucht für ein Entwicklungsland? Für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist es von entscheidender Bedeutung, die einheimischen Ersparnisse zur Finanzierung der Investitionen im eigenen Lande zu behalten. Der Abfluss von Fluchtgeldern führt unmittelbar zu einer Reduktion der Währungsreserven und/oder verstärkter Aussenverschuldung. Das Resultat: "Die Regierungen haben die Schulden, die Eliten die Dollars".¹⁸ Zu bezahlen ist dies letztlich über eine Anpassung der Leistungsbilanz: Über eine Abwertung müssen Importe reduziert und Exporte gesteigert werden. Im Endeffekt müssen dadurch etwa im Umfang der Kapitalflucht Ressourcen ans Ausland abgetreten werden, welche somit der einheimischen Investition und dem einheimischen Konsum entzogen werden. Kapitalflucht trägt makroökonomisch gesehen also zu Verschuldung (mit entsprechend verstärkter Auslandsabhängigkeit) und einer chronischen Wirtschaftskrise bei. Diese Faktoren verstärken ihrerseits die Kapitalflucht wieder. Nicht von ungefähr stellt der Zeitraum von 1979 - 1982 für die Länder Lateinamerikas und Afrikas die eigentliche Boomphase der Kapitalflucht dar. In dieser Periode flossen noch massiv Neukredite zu, welche die Kapitalflucht "alimentieren" konnten, gleichzeitig verstärkte die

manifest gewordene wirtschaftliche Krise die Gründe zur Kapitalflucht. Nach 1982 sank die Kapitalflucht vor allem mangels neu zufließender Devisen. Dies stellt aber keinen Grund für eine Entwarnung dar, da die Kapitalflucht (gerade weil keine neuen Kredite mehr zufließen) noch unmittelbarer an der wirtschaftlichen Substanz zehrt.

Neben den makroökonomischen Schäden führt die Kapitalflucht auch zu vielfach verheerenden soziopolitischen Folgen. Die Möglichkeit zur Kapitalflucht steht nur einer ganz kleinen Schicht offen: "Wohl 99 Prozent der Bevölkerung gehen leer aus - mangels 'Masse', d.h. wegen viel zu geringer Inlandsersparnisse, um für Kapitalfluchttransaktionen überhaupt in Frage zu kommen."¹⁹ Die einseitige Einkommens- und Vermögensverteilung wird infolge der Kapitalflucht noch weiter zugunsten der Eliten verschoben. Denn zum einen entzieht die Kapitalflucht dem Staat Steuereinnahmen. Dieser ist gezwungen, wichtige Infrastruktur- und Sozialleistungen zu kürzen und/oder die kleinen Steuerzahlenden, denen keine Kapitalflucht-Möglichkeiten offen stehen, stärker zu besteuern. Zum andern wird mit Fluchtgeldern von den herrschenden Eliten vielfach eine Art von politischer Rückversicherung aufgebaut, aufgrund derer sie die Repression und Ausbeutung im Lande noch ungehemmter vorantreiben können. Kleptokratische Herrscher - wie etwa Marcos auf den Philippinen, Duvalier auf Haiti, Mobutu in Zaire - haben Beträge ins Ausland geschafft, welche mit der Aussenverschuldung der von ihnen geplünderten Länder vergleichbar sind.

Aufgrund dieser verheerenden Auswirkungen ist es durchaus gerechtfertigt, wenn etwa der brasilianische Erzbischof Helder Camara die Kapitalflucht als "Diebstahl" am eigenen Volk bezeichnet.²⁰ Auch VertreterInnen des Nordens stimmen in die Verurteilung der Kapitalflucht ein. Beispielsweise IWF-Generaldirektor Camdessus: "Il y a la corruption dans ces pays. Il y a là-bas des gens que leur égoïsme sans borne pousse à placer tout leur argent à l'étranger, ce qui entraîne une terrible fuite des capitaux. Il y a des hommes politiques qui négligent de traiter en temps utile les problèmes urgents et préfèrent attendre un miracle. Je qualifie tous ces comportements de criminels."²¹ Solche Aussagen scheinen allerdings auf moralisch wackligem Fundament zu stehen. Denn, folgen die Diebe der Dritten Welt nicht einfach dem kapitalistischen Prinzip, das Maximum aus ihrem Geld herauszuholen?²² Und wäre es für uns im Norden nicht wesentlich und interessanter, die Frage nach der Mitverantwortlichkeit der Banken zu stellen? Wenn Kapitalflucht Diebstahl ist, spielen diese die profitable Rolle der Hehlerinnen. Von ganz besonderer Bedeutung ist diese Frage für den Finanzplatz Schweiz.

2. Der Fall Schweiz

In Anlehnung an die Charakterisierung des Verhältnisses der Schweiz zur Armee könnte das Verhältnis der Schweiz zu den Banken mit der Aussage umrissen werden, die Schweiz habe keine Banken, die Schweiz sei eine Bank. Der Zwergstaat Schweiz stellt als Finanzplatz eine Grossmacht dar. Im Vermögens-

verwaltungsgeschäft für PrivatkundInnen stehen die Schweizer Banken sogar einsam an der Spitze. Eine auf "Interviews mit wichtigen Exponenten des Marktes" basierende Studie der Zürcher Unternehmensberatungsfirma McKinsey²³ schätzt das 1988 von den Schweizer Banken für schweizerische und ausländische Privatleute verwaltete Vermögen auf 1300 bis 1500 Milliarden Franken - ein Wert, der nahezu der Verschuldung der gesamten Dritten Welt entspricht! Zwei Drittel bis drei Viertel davon, also etwa 800 bis 1000 Milliarden Franken, stamme von AuslandskundInnen. Das Volumen des gesamten internationalen "Offshore Private Banking", worunter das Vermögensverwaltungsgeschäft für AuslandskundInnen verstanden wird, wird auf rund 2000 Milliarden Franken geschätzt. Ein Drittel bis die Hälfte davon entfällt also auf die Schweizer Banken.

2.1. Statistische Umrissse des schweizerischen Fluchtgeldgeschäfts

Die McKinsey-Studie erlaubt es, den gewaltigen Vermögensverwaltungskuchen nach Herkunft und Anlageinstrumenten zu gliedern. *Schaubild 1* zeigt die entsprechende Gliederung für 1986 (und somit eine noch etwas geringere Gesamtsumme von 1200 Milliarden Franken). 10-15 Prozent der von den Schweizer Banken verwalteten Vermögen stammen aus Lateinamerika, 5-10 Prozent aus den übrigen Ländern ausserhalb Europas und Nordamerikas (d.h. also vor allem den Ländern Asiens, des Mittleren Ostens und Afrikas). Die gesamten aus der Dritten Welt stammenden Privatvermögen können somit zurückhaltend auf rund ein Fünftel veranschlagt werden. Bezogen auf die Zahlen von 1988 machen diese Gelder also etwa 250 bis 300 Milliarden Franken aus. Diese immense Summe stellt nach jeder der drei Kapitalflucht-Definitionen praktisch vollumfänglich Fluchtgeld dar. Dies gilt im besonderen auch für die juristische Definition; so konstatiert der "Economist" in einer Sonderbeilage über "Private Banking" nüchtern, dass "entgegen dem Leugnen der Bankiers" internationales Private Banking und Steuerhinterziehung "miteinander deckungsgleich" sind.²⁴

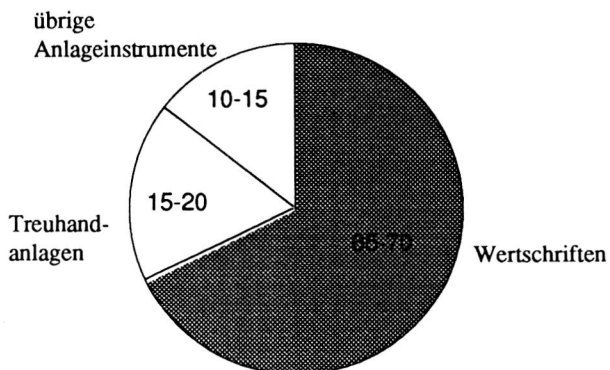
Diese von einer renommierten Unternehmensberatungsfirma vertretenen Zahlen bedeuten: Von den gesamten Drittwelt-Fluchtgeldern im Betrag von rund 1000 Milliarden Franken werden etwa 25-30 Prozent von den Schweizer Banken verwaltet. Die drei Grossbanken bestreiten einen Anteil von rund der Hälfte.²⁵ Das heisst: etwa jeder siebte Fluchtgeld-Dollar findet sich in den Tresoren von SBG, SBV und SKA. Die Zahlen belegen auch, dass der primäre Beitrag der Schweiz zur Lösung der Verschuldungskrise der Dritten Welt im Bereich der Kapitalflucht liegen würde - im Vergleich dazu nehmen sich die schweizerischen Kreditforderungen gegenüber der Dritten Welt von knapp 25 Milliarden Franken und die damit zusammenhängenden Handlungsmöglichkeiten eher bescheiden aus.

Diese Angaben lassen frühere Schätzungen des Autors, wonach die in der Schweiz liegenden Drittwelt-Fluchtgelder über 100 Milliarden Franken betragen und welche von Bankenseite als "Zahlenakrobatik von Entwicklungsideologen" charakterisiert wurden, als eher moderat erscheinen.²⁶ Die Pressestellen von

**Das Vermögensverwaltungsgeschäft der schweizer
Banken für Privatkundinnen (1986)**

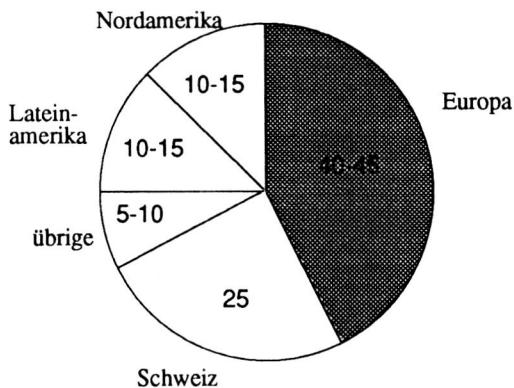
Anlageinstrumente

100% = 1'200 Mia. SFr.



Herkunft

100% = 1'200 Mia. SFr.



Quelle : McKinsey & Company, Perspektiven für den schweizerischen Privatbankenmarkt, Zurich 1986, S.5.

SBG und SKA bezeichnen die McKinsey-Zahlen auf Anfrage übereinstimmend als "Schätzungen, zu denen nicht Stellung genommen" werde. Die SKA verweist im übrigen auf den für das vorliegende Jahrbuch verfassten Beitrag von H. Mast, dem früheren Chefökonom der SKA. Beim SBV wird betont, dass die SBV-internen Schätzungen "deutlich tiefer" als jene von McKinsey liegen. Der Anteil eines Fünftels für KundInnen aus der Dritten Welt wird als realistisch betrachtet. Dabei wird festgestellt, die McKinsey-Studie weise das Gewicht Lateinamerikas eher zu hoch aus, innerhalb der Dritten Welt seien Asien und Mittelost ebenfalls von grosser Bedeutung.²⁷

Wie *Schaubild 1* zu entnehmen ist, wird der weitaus grösste Teil der verwalteten Vermögen, nämlich rund 65-70 Prozent, in Wertschriften angelegt. Insofern wird durch den Einbezug dieser Anlagen der Gesamteindruck über die Grössenordnungen sehr wohl revolutioniert. Sollen Gelder jeglicher Besteuerung entgehen, wie dies für Fluchtgelder typisch ist, so werden sie in ausländischen Wertschriften angelegt. Diese unterliegen im Gegensatz zu schweizerischen Wertschriften keinerlei Verrechnungssteuer. Rund 15-20 Prozent entfallen auf Treuhandanlagen, welche eine Spezialität der Schweizer Banken darstellen. Treuhandgelder werden von der Bank in ihrem Namen aber auf Rechnung und Risiko der KundInnen weiter angelegt und müssen nicht in der Bilanz der Bank erfasst werden. Die Schweizer Banken legen 99 Prozent der von ihnen entgegengenommenen Treuhandgelder im Ausland an, vor allem als Interbankgelder auf den Finanzplätzen London und Luxemburg.²⁸ Auch auf diesen Geldern werden keine Verrechnungssteuern erhoben. Für die übrigen Anlageinstrumente (Edelmetalle und Bankkonti) verbleiben 10-15 Prozent.

Die Charakterisierung der Anlageinstrumente zeigt klar, dass die in die Schweiz fliessenden Fluchtgelder von den Schweizer Banken fast vollumfänglich wieder ins Ausland geleitet werden. Der Finanzplatz Schweiz funktioniert als riesige Geld-Drehscheibe. Mit der schweizerischen Volkswirtschaft kommen diese Gelder nicht in Berührung. Für die Schweizer Banken sind sie allerdings von erheblicher Bedeutung. Der Ertrag der Vermögensverwaltung für die Banken kann auf rund ein Prozent des Vermögenswertes veranschlagt werden.²⁹ Aus der Verwaltung der Drittwelt-Fluchtgelder erhalten die Schweizer Banken also einen Ertrag von 2,5 bis 3 Milliarden Franken. Dies entspricht einem Zehntel bis einem Achtel des 1988 von allen Schweizer Banken zusammen ausgewiesenen Bruttogewinnes.³⁰

Die Zahlen von McKinsey sind nur sehr grob aufgegliedert. Während für den gewichtigsten Anlagebereich, nämlich die Wertschriften, keinerlei offiziellen Statistiken bestehen, werden die Kontoeinlagen und Treuhandeinlagen bei den Schweizer Banken in der Bankenstatistik der Schweizerischen Nationalbank (SNB) detailliert ausgewiesen.³¹ Diese Zahlen zeigen lediglich die Spitze des Fluchtgeld-Berges. Schätzungen über den Fluchtgeldumfang, die sich allein auf diese Statistiken stützen liegen zwangsläufig viel zu tief. Dies zeigt sich auch drastisch in den aktuellen Fällen Marcos und Duvalier. Die in der Schweiz liegenden Marcos-Fluchtgelder werden im allgemeinen auf 1,5 Milliarden Franken veranschlagt.³² Nach neuen Angaben des philippinischen Bankiers Michael

de Zuman vor dem Parlament in Manila soll Marcos sogar 12,3 Milliarden Franken bei Schweizer Banken deponiert haben.³³ Die Bankenstatistik der SNB weist gegenüber den Philippinen aber lediglich Einlagen (inkl. Treuhand) von gesamthaft 962 Millionen Franken aus. Aus Haiti finden sich in der Statistik sogar nur 34 Millionen Franken an Einlagen (inkl. Treuhand).³⁴ Gemäss dem haitianischen Justizminister sind aber schon auf einem einzigen Konto 367 Millionen Dollar an Duvalier-Geldern blockiert worden.³⁵

Die Zahlen der SNB sind aber trotzdem nützlich, um die Struktur des aus dem Wasser ragenden Teils des Eisbergs genauer zu analysieren. Im Vergleich mit den Angaben von McKinsey bleibt dabei zu beachten, dass die SNB-Zahlen neben den Anlagen von Privatpersonen auch die Anlagen von institutionellen Anlegern und Unternehmen umfasst, ohne diese Kategorien aber separat auszuweisen. Die aus der SNB-Statistik hervorgehenden Gesamtbeträge sind darum zwangsläufig höher als die von McKinsey für die gleichen Anlagebereiche geschätzten Summen für das "Private Banking". Der McKinsey-Studie folgend können die Treuhandeinlagen aus der Dritten Welt auf etwa 40-60 Milliarden Franken veranschlagt werden. Die SNB-Statistik weist für die Dritte Welt im weiteren Sinn rund 90 Milliarden an Treuhandeinlagen aus (vgl. Tabelle 2). Dieses Beispiel zeigt, dass die Schätzungen von McKinsey mit den Zahlen der SNB-Statistik gut vereinbart werden können.

Tabelle 2 zeigt die Einlagen und Treuhandeinlagen (welche aus Sicht der Banken Verpflichtungen und Treuhandverpflichtungen darstellen) nach wichtigsten Regionen. Werden die Finanzzentren der Dritten Welt und die Mittelost-Ölländer ausgeklammert, so betragen die eingelegten Gelder aus der Dritten Welt im engeren Sinn zusammen knapp 60 Milliarden Franken. Dies ist rund zweieinhalb mal mehr als die in den gleichen Ländern ausstehenden Guthaben und Treuhandguthaben der Schweizer Banken. Aus den Offshore-Finanzzentren der Dritten Welt sind rund 70 Milliarden Franken an Einlagen und Treuhandeinlagen zu verzeichnen. Diese Finanzplätze werden der minimalen behördlichen Kontrolle wegen bevorzugt zum Verstecken und Waschen illegaler Gelder eingesetzt.³⁶ Bei den aus diesen Zentren zugeflossenen Geldern handelt es sich somit einerseits um lichtscheue Kapitalien, die auch aus dem Norden stammen können. Andererseits werden diese Zentren auch als Durchgangsstationen für "gewöhnliche" Fluchtgelder eingesetzt. So ist gemäss SBG-Generaldirektor Hanselmann "daran zu erinnern, dass der Finanzplatz Panama sich als Hort für Anlagen aus den Nachbarländern anbietet."³⁸ Während Panama die wichtigste Sammelstelle für lateinamerikanische Fluchtgelder darstellt, kommt dem Finanzplatz Liberia für Afrika eine ähnliche Bedeutung zu. Wie noch zu zeigen sein wird, spielen die Schweizer Banken für Anlagen aus diesen Finanzplätzen die dominierende Rolle.

Zusammen mit den Mittelost-Ölländern - welche als Überschussländer nicht in gleicher Weise unter dem Kapitalabfluss leiden - machen die Einlagen (inkl. Treuhand) aus der Dritten Welt im weiteren Sinn gut 160 Milliarden Franken aus, ziemlich genau 100 Milliarden Franken mehr als die Guthaben (inkl. Treuhand). Den Schweizer Banken sind also 100 Milliarden Franken mehr aus der

Tabelle Nr. 2

Guthaben und Verpflichtungen der Schweizer Banken gegenüber der Dritten Welt (Ende 1988, in Mrd. Fr.)

	(1) Gut- haben	(2) Treuhand- gut- haben	(3) Gut- haben u. Treuhand- gut- haben (1) + (2)	(4) Ver- pflich- tungen	(5) Treuhand- ver- pflich- tungen	(6) Ver- pflicht. u. Treu- handver- pflicht. (4) + (5)	(7) Gesamt- Netto- position (3) ./ (6)
Dritte Welt i.e.S.	20,0	2,0	22,0	29,0	29,1	58,1	-36,1
– Lateinamerika	10,1	1,0	11,1	11,5	12,6	24,1	-13,0
– Afrika	2,4	0,6	3,0	3,0	3,8	6,8	-3,8
– Asien	3,2	0,2	3,4	9,0	5,0	14,0	-10,6
– Mittelost	4,3	0,2	4,5	5,5	7,7	13,2	-8,7
Finanzzentren der Dritten Welt	29,5	8,3	37,8	34,5	35,1	69,6	-31,8
Mittelost-Öländer	3,6	0,3	3,9	12,1	24,2	36,3	-32,4
Dritte Welt i.w.S.	53,1	10,6	63,7	75,6	88,4	164,0	-100,3
Memorandum Rest der Welt	282,5	187,9	470,4	167,1	67,5	234,5	245,9

Anmerkungen

Guthaben und Verpflichtungen aus Sicht der Banken: Guthaben entsprechen ausstehenden Forderungen in den entsprechenden Ländern, Verpflichtungen entsprechen Einlagen aus diesen Ländern. Zum Begriff der Treuhandgelder vgl. Text.

Dritte Welt im engeren Sinn: Länder von Lateinamerika, Afrika (ohne Südafrika, Ägypten, Libyen), Asien (inkl. Ozeanien, ohne Japan, Neuseeland), Mittelost (ohne Mittelost-Öländer, inkl. Türkei) ohne Finanzzentren der Dritten Welt.

Finanzzentren der Dritten Welt: Karibische Zone, Panama, Liberia, Libanon, Bahrein, Hongkong, Singapur.

Mittelost-Öländer: Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Oman, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate.

Dritte Welt im weiteren Sinn: Dritte Welt i.e.S. plus Finanzzentren der Dritten Welt plus Mittelost-Öländer.

Rest der Welt: Gesamtes Ausland abzüglich Dritte Welt i.w.S. (Liechtenstein wird statistisch als Inland betrachtet).

Berechnet aus: Schweiz. Nationalbank, Das schweizerische Bankwesen im Jahre 1988, Zürich 1989 (Tabellen 32 und 38).

Dritten Welt im weiteren Sinn zugeflossen, als sie dort wiederum angelegt haben. Diese krass negative Nettoposition kontrastiert mit der Nettoposition der Schweizer Banken gegenüber dem Rest der Welt, welche mit rund 240 Milliarden Franken positiv ist. Die Bedeutung der Dritten Welt als Fluchtgeld-Lieferantin für die Schweizer Banken zeigt sich bei einem Vergleich mit dem Bankgeschäft mit dem Rest der Welt sehr deutlich: Während die Guthaben (inkl. Treuhand) gegenüber der Dritten Welt sich auf rund 14 Prozent der Guthaben (inkl. Treuhand) gegenüber dem Rest der Welt belaufen, betragen die Einlagen (inkl. Treuhand) aus der Dritten Welt rund 70 Prozent der Einlagen (inkl. Treuhand) aus dem Rest der Welt.

Ein Vergleich mit den übrigen Banken des Berichtsraumes der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) verdeutlicht die spezifischen Schwerpunkte der Schweizer Banken. Die an die BIZ berichtenden Banken können mit dem westlichen Bankensystem gleichgesetzt werden.³⁸ *Tabelle 3* zeigt das grosse Gewicht der Schweiz bei den aus der Dritten Welt im Ausland angelegten Geldern.³⁹ Für die Dritte Welt im engeren Sinn machen die Einlagen (inkl. Treuhand) bei den Schweizer Banken durchschnittlich 17 Prozent der Einlagen bei den übrigen westlichen Banken aus. Für Asien liegt das Gewicht bei 10, für Lateinamerika bei 19, für Afrika bei 24 und für Mittelost sogar bei 33 Prozent. Noch stärker ist das Gewicht bei einzelnen Finanzzentren; für Panama liegt es bei 83, für Liberia bei 85 Prozent. Auf der Guthabenseite ist die Bedeutung der Schweizer Banken demgegenüber viel bescheidener: Die Forderungen (inkl. Treuhand) der Schweizer Banken gegenüber der Dritten Welt im engeren Sinn betragen nur gut 3 Prozent der Forderungen der übrigen westlichen Banken.

Die Entwicklung der letzten Jahre offenbart eine eigentliche Krisenschere. Wegen Änderungen in der Zusammensetzung der in der Bankenstatistik ausgewiesenen Ländergruppen muss sich die *Tabelle 4* auf die Ländergruppen Südamerika und Afrika beschränken. Für beide Regionen zeigt sich eine gleiche Tendenz. Während die Schweizer Banken in den achtziger Jahren ihr Kreditengagement infolge der Schuldenkrise markant abgebaut haben, stiegen die Einlagen aus diesen Ländern infolge der Kapitalflucht sehr stark an. Von 1984-88 wurde der Anstieg etwas abgebremst. Dies ist allerdings wesentlich auf den Kurszerfall des Dollars, in welchem der grösste Teil der Treuhandanlagen getätigt werden, zurückzuführen. Umgerechnet in Dollarwerte hat sich der Anstieg der Verpflichtungen fast ungebremst fortgesetzt.

Die bisherigen Ausführungen belegen, dass die Schweiz weltweit die wichtigste Fluchtgeld-Drehscheibe darstellt. Die USA dürften andererseits den bei weitem wichtigsten letzten Anlageort für Fluchtgelder bilden. Die dominierende Rolle der USA und der Schweiz als Fluchtgeldziele schlägt sich auch in den ungeklärten Zuflüssen des Postens "Errors and Omissions" der Zahlungsbilanzen der beiden Länder nieder. Die akkumulierten Überschüsse der "Errors and Omissions" machen im Zeitraum von 1975 bis 1987 für die USA rund 230 Milliarden Dollar und für die Schweiz rund 80 Milliarden Dollar aus.⁴⁰ In einer ausführlichen Studie verwendet Duwendag die Überschüsse des Postens "Errors and Omissions" als Indikator für den Zufluss von Fluchtgeldern und stellt fest,

Tabelle Nr. 3

Guthaben und Verpflichtungen der Schweizer Banken im Vergleich zu den übrigen westlichen Banken (Ende 1988, in Mrd. Fr.)

	(1) Guthaben (inkl. Treu- hand) CH-Banken	(2) Guthaben übriger westl. Banken	(3) (1)/(2) in %	(4) Verpflich- tungen (inkl. Treu- hand) CH-Banken	(5) Verpflich- tungen übriger westl. Banken	(6) (4)/(5) in %
Dritte Welt i.e.S.	22,0	656,8	3,3	58,1	343,3	16,9
– Lateinamerika	11,1	353,7	3,1	24,1	126,4	19,1
– Afrika	3,0	65,9	4,6	6,8	28,0	24,3
– Asien	3,4	202,1	1,7	14,0	149,1	9,4
– Mittelost	4,5	35,1	12,8	13,2	39,8	33,2
Finanzzentren d.D.W.	37,8	1108,5	3,4	69,6	1193,7	5,8
davon – Panama	5,6	38,8	14,4	24,9	30,0	83,0
– Liberia	1,0	17,4	5,7	6,6	7,8	84,6
Mittelost-Ölländer	3,9	62,3	6,3	36,3	181,3	20,0
Dritte Welt i.w.S.	63,7	1827,6	3,5	164,0	1718,3	9,5
Memorandum						
Rest der Welt	470,4	4274,5	11,0	234,5	4079,3	5,7

Anmerkungen

Ländergruppierungen, Angaben zu Schweizer Banken: vgl. Anmerkungen zu Tabelle 2.

Übrige westliche Banken: An die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich berichtende Banken abzüglich der Schweizer Banken; d.h. die Banken folgender Industrieländer: Belgien, BRD, Dänemark, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Irland, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Spanien, Schweden, USA; sowie folgender übriger Länder: Bahamas, Bahrain, Cayman Inseln, Hongkong, Niederländische Antillen, Singapur, Panama (für Panama sind nur die Niederlassungen der US-Banken erfasst).

Guthaben und Verpflichtungen der übrigen westlichen Banken: Nur bilanzwirksame Guthaben und Verpflichtungen ohne allfällige Treuhandguthaben und -Verpflichtungen, welche ausserhalb der Schweiz fast keine Rolle spielen und von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich nicht erfasst werden. Für die Umrechnung zugrundegelegter Wechselkurs: 1\$ = 1,504 Fr.

Berechnet aus:

Schweiz. Nationalbank, Das Schweizerische Bankwesen im Jahre 1988, Zürich 1989 (Tabellen 32 und 38)

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Entwicklung des Internationalen Bankgeschäfts und der internationalen Finanzmärkte (Quartalsstatistik), Basel, August 1989 (Tabelle 4a)

Tabelle Nr. 4 (Balkendiagramm)

Entwicklung der Guthaben und Verpflichtungen (inkl. Treuhand) der Schweizer Banken gegenüber Südamerika und Afrika (in Mio Fr.)						
	Südamerika			Afrika		
	(1) Guthaben (inkl. Treuhand)	(2) Verpflich- tungen (inkl. Treuhand)	(3) (1) - (2)	(1) Guthaben (inkl. Treuhand)	(2) Verpflich- tungen (inkl. Treuhand)	(3) (1) - (2)
1976	5033	5003	30	1908	4733	-2825
1980	11327	9101	2226	5324	7691	-2367
1984	13251	19028	-5777	4221	10857	-6636
1988	8461	20007	-11546	3922	13354	-9432
Anmerkungen Südamerika: Länder Lateinamerikas ohne Finanzzentren und ohne Zentralamerika Afrika: Länder Afrikas ohne Südafrika, Ägypten, Libyen Berechnet aus: Schweiz. Nationalbank, Das schweizerische Bankwesen im Jahre 19..., div. Jahrgänge						

dass seit 1978, dem Beginn der "Hochphase" der Kapitalfluchtbewegungen, die Zeitreihe dieses Indikators für die USA und die Schweiz zusammen "ausgeprägt parallel" zur Zeitreihe der Kapitalflucht aus 15 Hauptschuldnerländern verlaufe.⁴¹ Der Zusammenhang ist lockerer, wenn man allein auf die USA abstellt.

2.2. Konstituierende Elemente des Fluchtgeldhafens Schweiz

Die Gründe für die Bevorzugung der Schweiz als Hort für Fluchtkapitalien sind vielfältig und werden hier nur sehr gerahmt zusammengefasst.⁴²

- Die politische und wirtschaftliche Stabilität der Schweiz ist sprichwörtlich und zudem stark zugunsten des Kapitals ausgestaltet.
- Die Schweiz gehört zu den Ländern mit dem höchsten Grad an internationaler Verflechtung. Sie bildet - mit Liechtenstein als Anhängsel - ein Zentrum für Holding- und Briefkastenfirmen, welche ihrerseits bei der Kapitalflucht wieder eine wichtige Rolle spielen.
- Infolge des traditionellen schweizerischen Sparüberschusses entwickelten sich die Schweizer Banken zu Spezialistinnen in der Vermögensverwaltung. Sie verfügen über ein qualitativ hochstehendes Dienstleistungsangebot und

über ein hohes Mass an vermögensverwalterischer Seriosität, die aber keineswegs gute Dienste bei dubiosen Geschäften ausschliesst: "Helvetia ist im Zweifelsfall zu allem bereit".⁴³

- Diese Dienste werden durch gesetzliche Regelungen abgesichert. Das Bankgeheimnis ist in der Schweiz besonders stark geschützt. Zum einen unterscheidet sich die Schweiz von den übrigen Finanzplätzen dadurch, dass Bankangestellte, welche das Bankgeheimnis verletzen, und sei dies auch nur fahrlässig, von Amtes wegen strafrechtlich verfolgt werden.⁴⁴ Bei Steuerhinterziehung und Währungsdelikten - die in der Schweiz keine Straftatbestände bilden - leistet die Schweiz ausdrücklich keine Rechtshilfe, das Bankgeheimnis schützt solche Gelder vollständig. Rechtshilfe kann nur bei Delikten erfolgen, die auch in der Schweiz Straftatbestände darstellen, wobei sie auch in diesen Fällen sehr restriktiv gehandhabt wird.
- Es existiert eine umfangreiche Palette von steuerbefreiten Kapitalanlagen.

Wesentlich ist, dass kaum ein zweites Land die gleiche Breite von Vorteilen aufweist. Zwar haben die Offshore-Zentren der Dritten Welt einen ähnlichen Geheimnis- und Steuerschutz eingeführt, hingegen können sie punkto Stabilität und Seriosität nicht konkurrieren. Ähnlich stabile Industrieländer gehen dagegen im Geheimnis- und Steuerschutz weniger weit. Der Economist folgert denn auch, dass die Schweiz "keinen wirklichen Rivalen" habe, was zum "wertvollen Mythos" des Finanzplatzes Schweiz beitrage.⁴⁵

3. Zur Auseinandersetzung um Abwehrmassnahmen

Seit 1970 die Interkonfessionelle Konferenz Schweiz und Dritte Welt die Rolle der Schweiz als Fluchtgeldhort an prominenter Stelle thematisierte, sind Massnahmen gegen den Zufluss von Fluchtgeldern immer ein wichtiger Forderungspunkt von entwicklungspolitischer Seite geblieben.⁴⁶ Die Gegenargumente von seiten der Banken und ihnen nahestehenden politischen Kreisen werfen ein interessantes Schlaglicht auf die schweizerische Verknüpfung von Geschäft und Moral.

3.1. Geschäft und Moral

In dieser Argumentation lassen sich vier Hauptstränge unterscheiden:

- *Erste Strategie: Leugnen*

In den siebziger Jahren haben die Banken das Phänomen der Kapitalflucht und die Existenz von Fluchtgeldern in der Schweiz vielfach rundweg abgestritten. Nachdem viele Einzelfälle bekanntgeworden sind und die Fluchtgeldfrage zum

Gegenstand renommierter Publikationen geworden ist, lässt sich diese Strategie nicht mehr ungebrochen aufrechterhalten. Allerdings konnte Nikolaus Senn von der SBG noch 1984 ungerührt behaupten: "Die berühmten Despoten-Gelder sind weitgehend Phantasiegebilde in den Köpfen von Leuten, welche das Bankgeheimnis nicht kennen."⁴⁷ Monate später flogen die Fälle Marcos und Duvalier auf und von seiten der Eidgenössischen Bankenkommision wurde festgestellt: "Was ein echter Diktator ist, der bringt sein Geld eben in die Schweiz."⁴⁸ Wenn das generelle Leugnen auch nicht mehr möglich ist, bleibt die Strategie immer noch aktuell, um einzelne Aspekte und Zusammenhänge abzustreiten. So behauptete beispielsweise vor kurzem Bundesrat Otto Stich entgegen jeder Evidenz, dass "ein Zusammenhang zwischen Kapital- und Steuerflucht aus Entwicklungsländern einerseits und verrechnungssteuerfreien Erträgen von Treuhandanlagen und ausländischen Wertpapieren (...) nicht erwiesen" sei.⁴⁹

– *Zweite Strategie: Humanitäre Verbrämung*

Eine typisch schweizerische Argumentation, die wohl nur auf dem Boden einer Mentalität wachsen kann, die das Geld über den Menschen stellt, besteht in der humanitären Verbrämung des Fluchtgeld-Geschäfts. Der Standardverweis auf die jüdischen Fluchtgelder im Dritten Reich ist mit einer fatalen Umwertung der Werte verbunden. Denn heute sind es ja gerade die Oberschichten und Machteliten, welche ihr Geld in die Schweiz bringen. Dieses "asywürdige Fluchtkapital"⁵⁰ wird bereitwillig aufgenommen, den Menschen gegenüber, die vor der Repression der Machthaber fliehen, werden die Grenzen dichtgemacht. Dass die Schweizer Grenzen nur für das jüdische Kapital, nicht aber für die verfolgten jüdischen Menschen geöffnet wurden, sei nur am Rande erwähnt. Wenn die Banken heute dafür eintreten, "dass Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte gewährt werden"⁵¹, so gilt dies nicht gegenüber den Menschen in der Dritten Welt, sondern gegenüber Ex-Diktatoren.

– *Dritte Strategie: Verantwortung abschieben*

In besonders ausgeprägter Weise lehnen die schweizerischen Akteure jegliche Verantwortung für den Zufluss von Fluchtgeldern ab und schieben diese gänzlich den Abflussländern zu. Ob SKA-Chef Robert Jeker in einem Interview genervt antwortet: "Machen Sie uns doch nicht für die Kapitalflucht in der Welt verantwortlich!"⁵² oder der Bundesrat festhält, dass "die wesentlichen Gründe der Kapitalflucht in einer verfehlten Politik der betroffenen Staaten liegen"⁵³ - die bequeme Haltung ist die gleiche. In die gleiche Kategorie fällt die Argumentation, die Schweiz könne "weder Rechtshüter noch Sittenwächter im Ausland spielen".⁵⁴ Dies verlangt gar niemand, es würde genügen, die Rechtsordnungen des Auslands zu respektieren, welche Steuerhinterziehung und Devisenvergehen zu strafbaren Delikten erklären.

– *Vierte Strategie: Kosmetik*

Im Widerspruch zur Argumentation der obigen Strategien haben die Banken nach dem Chiasso-Skandal der SKA mit der freiwilligen Sorgfaltspflichtvereinbarung Massnahmen zur Identifizierung ihrer KundInnen und gegen die Kapitalflucht vereinbart (Verbot der aktiven Beihilfe zur Kapitalflucht).⁵⁵ Damit gestehen die Banken zwar ein, dass die Kapitalflucht auch ein schweizerisches Problem darstellt und ihnen eine besondere Verantwortung zukommt. Die Vereinbarung hat aber primär kosmetische Wirkung und soll den Banken schärfere gesetzliche Regelungen vom Hals halten. Wie wenig die Vereinbarung im Fluchtgeld-Alltag wert ist, zeigt sich exemplarisch am Fall Marcos. Obwohl die Schweizer Banken genau wussten, mit wem sie geschäfteten, obwohl ihnen klar sein musste, dass der Staatspräsident mit einem Jahreseinkommen von nicht einmal 6000 Dollar im Jahr unmöglich legal und legitim hunderte von Millionen Dollar in die Schweiz schaffen konnte, nahmen sie nicht nur dieses Geld entgegen, sondern unterstützten Marcos in klarem Widerspruch zur Sorgfaltspflichtvereinbarung in vielfältiger Weise bei der Verschleierung dieser Gelder. In Fachkreisen ist klar, dass die Schweizer Banken vor allem über ihre Auslandsniederlassungen Kapitalflucht mit Rat und Tat unterstützen.⁵⁶

3.2. Schritte vor und zurück

Die intensivste bankenpolitische Auseinandersetzung der letzten Jahre entzündete sich an der 1979 eingereichten und 1984 in der Volksabstimmung mit grossem Mehr abgelehnten Bankeninitiative der SP Schweiz. Die von entwicklungspolitischen Organisationen mitunterstützte Initiative verlangte unter anderem eine Ausdehnung der Rechtshilfe auf die Tatbestände von Steuerhinterziehung und Währungsdelikten.

Trotz des Scheiterns der Initiative wurden durch die damit verbundene Diskussion einige kleine Schritte nach vorn erreicht, wie etwa die Sorgfaltspflichtvereinbarung oder das neugeschaffene Gesetz über internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRSG). Dass der Bundesrat 1986 die Konten der gestürzten Diktatoren Marcos und Duvalier blockierte, stellt in gewissem Mass eine Spätwirkung der Bankeninitiative-Diskussion dar. Dieser "meistpublizierten Untergrabung des schweizerischen Bankgeheimnisses"⁵⁷ kommt für die Zukunft eine äusserst wichtige Präjudizwirkung zu. In vergleichbaren früheren Fällen (Haile Selassie, Schah Resa Pahlevi) hatte die Schweiz ähnliche Massnahmen durchwegs abgelehnt. Zur veränderten Haltung hat sicher auch internationaler Druck erheblich beigetragen. Seit der Blockierung wird die Rechtshilfe auf kantonaler Ebene aber derart verzögert, dass der Rechtsvertreter der philippinischen Regierung, Nationalrat Salvioni, von der "Justiz einer Bananenrepublik" spricht. Diese Charakterisierung scheint mehr als gerechtfertigt angesichts der Aussage des zuständigen Zürcher Bezirksanwaltes: "Wir halten es da mit der Devise der Banken, wonach man möglichst lange auf dem Geld sitzenbleiben soll".⁵⁸ Die

Fortsetzung der Rechtshilfeverfahren wird letztlich darüber entscheiden, ob der bundesrätliche Entscheid von 1986 wirklich als Wegmarke einer verstärkten Rechtshilfe in die Geschichte des Finanzplatzes Schweiz eingehen wird.

Auf der andern Seite haben sich die Banken mit einer äusserst wirksamen Image-Kampagne profiliert und mit dem Ruf, der Finanzplatz Schweiz sei gefährdet, weitergehende Massnahmen zu Fall gebracht. Erfolgreich wehrten sie sich gegen Pläne von Finanzminister Ritschard nach einer Besteuerung der Treuhandgelder und konnten sich vielmehr noch steuerliche Erleichterungen verschaffen. Die bundesrätlichen Vorstellungen zur Neuordnung der Bundesfinanzen und zur Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben sehen verschiedene steuerliche Erleichterungen für den Finanzplatz Schweiz vor. Im Gegenzug möchte Finanzminister Stich eine Stempelabgabe auf Treuhandgeldern einführen, was bei den Banken und bürgerlichen Parteien aber auf heftigen Widerstand stösst. Unter dem Druck der Banken-Lobby nahm die Schweiz auch dezidiert Stellung gegen eine OECD-Konvention über "Besteuerung und Missbrauch des Bankgeheimnisses"⁵⁹, welche einen verstärkten Informationsaustausch unter den Steuerbehörden der Mitgliedsländer mit gleichzeitiger Lockerung des Bankgeheimnisses in Steuersachen vorsieht.

4. Forderungen und Ausblick

In der gegenwärtigen Diskussion um Geldwäscherei zeichnet sich ab, dass "die Schweizer Justiz zwar Drogenschieber und andere Kriminelle härter anfasst, bei den alten Kavaliersdelikten aber - Steuerhinterziehung, Devisenvergehen - nach wie vor die Augen zu und die Hände im Schoss lässt."⁶⁰ Ironischerweise hat gerade heute, da durch die aktuellen Fälle Marcos und Duvalier viele alte Vorwürfe bestätigt und sichtbar gemacht werden und da die verheerenden Auswirkungen der Kapitalflucht von internationalen Organisationen hervorgehoben werden, der politische Druck nach Massnahmen zur Abwehr von Fluchtgeldern eher nachgelassen. Es macht sich eine gewisse Müdigkeit in der Verfolgung des "alten" Themas breit.

4.1. Massnahmen gegen den Zufluss von Fluchtgeldern

Drei Handlungsbereiche stehen im Vordergrund, bei denen eine mit der Dritten Welt solidarische Politik vor allem ansetzen müsste.⁶¹

a. Rechtshilfe

Hier bleibt nach wie vor das vordringliche Postulat, die Rechtshilfe materiell auf Steuerhinterziehung und Devisenvergehen auszuweiten, d.h. in diesen Fällen das Bankgeheimnis aufzuheben. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Rechtshil-

feverfahren in Sachen Marcos-Gelder belegen zudem die Notwendigkeit von prozeduralen Verbesserungen und Straffungen. Wenn ein solches Rechtshilfeverfahren über Jahre vertrödelt werden kann, verliert die Rechtshilfe schlicht und einfach ihren Sinn. Die Schweiz sollte auch Hand dazu bieten, dass in Investitionsabkommen und Handelsverträgen dem Entwicklungsland die Möglichkeit eingeräumt wird, Preismanipulationen im Handel wirkungsvoll zu kontrollieren und zu verhindern. Schliesslich müsste sich die Schweiz auch der erwähnten OECD-Konvention anschliessen und sich für eine Ausweitung dieser Konvention auf die Länder der Dritten Welt einsetzen.

b. Besteuerung

Auf allen Erträgen ausländischer AnlegerInnen sollte eine substantielle Verrechnungssteuer eingeführt werden. Gleichzeitig sind mit den Herkunftsländern Doppelbesteuerungsabkommen abzuschliessen, welche den ausländischen AnlegerInnen die Rückerstattung der Verrechnungssteuer garantieren, wenn diese ihre Anlage ordnungsgemäss bei den einheimischen Steuerbehörden deklarieren. Auch hier wäre neben der nationalen Ebene ein international koordiniertes Vorgehen anzustreben, beispielsweise im Rahmen einer OECD-Konvention.⁶² Ein interessanter Nebenaspekt besteht darin, dass durch die Besteuerung Erträge anfallen, die im Sinn eines bescheidenen Fluchtgeld-Recyclings für Entschuldungsmassnahmen der Drittweltländer eingesetzt werden sollten.⁶³ Die von schweizerischen Hilfswerken gestartete Petition "Entwicklung braucht Entschuldung" fordert als allerersten Schritt, dass die schon heute auf den Kontoeinlagen von Drittwelt-KundInnen bei den Schweizer Banken erhobenen Verrechnungssteuererträge für Entschuldungsmassnahmen verwendet werden.⁶⁴ Auf eine von Ständerat Onken eingereichte Interpellation, welche Massnahmen im Bereich der Fluchtgeldbesteuerung forderte, hat der Bundesrat mit äusserst dürtiger Argumentation durchgehend ablehnend reagiert.⁶⁵

c. Sorgfaltspflicht

Die vorgesehene neue Geldwasch-Strafnorm sieht die gesetzliche Verankerung der Pflicht zur Identifizierung der an einer Geldeinlage wirtschaftlich berechtigten Person vor. Diese Bestimmung ist auch für Fluchtgelder sehr wichtig, damit die Rechtshilfe (im Fall von eigentlichen kriminellen Geldern) überhaupt greifen kann. Allerdings wäre die im Expertenentwurf Bernasconi vorgesehene härtere Forderung nach Strafbarkeit des grobfahrlässigen Verhaltens beim Geldhandel vorzuziehen gewesen. Zusätzlich müsste den Banken jegliche Beihilfe zur Kapitalflucht im juristischen Sinn (illegaler Kapitaltransfer, Steuerhinterziehung) verboten werden. Dies betrifft sowohl die aktive Beihilfe zur Täuschung von ausländischen Behörden wie auch die passive Entgegennahme erkennbarer Fluchtgelder. Technisch zu lösen wäre dies etwa durch folgende Regelungen⁶⁶:

- Die Banken dürfen Gelder von KundInnen aus Ländern mit Devisenbeschränkungen nur entgegennehmen, wenn eine amtliche Bestätigung beigebracht würde, wonach die Gelder legal transferiert worden sind.
- Ausländische KundInnen haben bei der Aufnahme der Bankbeziehung eine Erklärung zu unterzeichnen, wonach sie sich einverstanden erklären, dass die Bank im Fall von Devisenvergehen und Steuerhinterziehung Auskunft an ermittelnde ausländische Behörden erteilen kann (Regelung analog zur früheren Konvention XVI betreffend Insidergeschäften).
- Zudem sollten Gelder von Regierungsmitgliedern und deren Familien aus Entwicklungsländern von vornherein tabu sein.

Nicht alle diese Punkte sind aus juristischen Gründen ohne weiteres gesetzlich zu regeln. Ergänzend zu gesetzlichen Regelungen können auch freiwillige Konventionen treten, wobei deren Einhaltung aber zumindest einer öffentlichen Kontrolle unterstehen muss.

Dass neben der Verringerung von Pull-Faktoren in den Zuflussländern auch der Verringerung des wirtschaftlichen Rahmenrisikos in den Abflussländern eine entscheidende Rolle zukommt, ist natürlich unbestritten. Klar ist auch, dass ein guter Teil der diesbezüglichen Verantwortung in den Abflussländern liegt. Der Ruf nach einer "gesunden" Wirtschaftspolitik, welche alles ins Lot bringen würde, wirkt allerdings zynisch. Denn die schlechte wirtschaftliche Situation in den Schuldnerländern ist keineswegs nur Fehlern in deren Wirtschaftspolitik zuzuschreiben, vielmehr stellt sie auch die Folge eines ungerechten Weltwirtschaftssystems und der Schuldenlast dar. In Ländern, in denen der Schuldendienst die Hälfte der Exporteinnahmen und des Staatsbudgets auffrisst - was keine Seltenheit darstellt -, lässt sich mit dem besten Willen keine sinnvolle Wirtschaftspolitik betreiben. Ohne eine tiefgreifende Entschuldung und strukturelle Reformen in der Weltwirtschaft, welche den Schuldnerländern wieder Entwicklungsspielraum öffnen, ist langfristig auch keine Eindämmung der Kapitalflucht möglich. Der Schlüssel zu solchen Änderungen liegt hier - ohne die Bedeutung der einheimischen Wirtschaftspolitik schmälern zu wollen - zu einem guten Teil bei den Industrie- und Gläubigerländern. Die Schweiz als wichtigster Fluchtgeldhort hätte auch eine besondere Verpflichtung, mit Entschuldungsmassnahmen voranzugehen.

4.2. Kapitalflucht und Zukunft des Finanzplatzes Schweiz

Zurzeit macht in den schweizerischen Medien ein Gespenst die Runde. Weil die Schweiz vermehrt Rechtshilfe leiste (Marcos, Kashoggi) und das Bankgeheimnis "durchlöchere", würden Auslandsgelder abgeschreckt. "Wenn das Ausbleiben der Fluchtgelder in die Schweiz nicht gestoppt werden kann, werden die Hypothekenzinsen auf mindestens 8 Prozent steigen" prophezeit gar der Basler Ökonomieprofessor René Erbe und verknüpft somit flugs das Schicksal der MieterInnen in der Schweiz mit dem ungestörten Zufluss schmutziger Gelder.⁶⁷

Abgesehen davon, dass die statistischen Zahlen keineswegs auf einen Rückgang des Kapitalzuflusses hindeuten⁶⁸, gibt es den behaupteten Zusammenhang zwischen den Fluchtgeldern und den schweizerischen Zinsen nicht - wie oben aufgezeigt, fliessen diese Gelder nämlich fast vollumfänglich an der schweizerischen Volkswirtschaft vorbei.

Die Frage, welche Rolle die Schweiz zukünftig als Finanzdrehscheibe und Fluchtgeldhort spielen wird, dürfte entscheidend durch die Integration der Europäischen Gemeinschaft bestimmt werden. Im Rahmen dieser Integration werden auch Minimalvorschriften für die nationalen Finanzplätze durchgesetzt werden. Zu denken ist dabei etwa auch an eine EG-weite Verrechnungssteuer oder an einen EG-weiten Informationsaustausch unter den Steuerbehörden.⁶⁹ Dabei sind zwei sehr unterschiedliche Szenarien denkbar. Im ersten Szenario lassen es die an einen gemeinsamen EG-Standard gebundenen Länder nicht zu, dass mitten in Europa ein Fluchtgeldhafen bestehen bleibt, der aus aller Welt schmutziges Geld anzieht. Eine vereinte EG hätte auf alle Fälle genügend Gewicht, um dieser Position wirkungsvoll Nachdruck zu verleihen. Ebenfalls möglich ist aber ein zweites Szenario, wonach die Länder der EG an einer derartigen europäischen Finanznische Schweiz im Gegenteil ein besonderes Interesse hätten, um ihrerseits darüber gewisse Umgehungsgeschäfte tätigen zu können.

Wie dem auch sei, der Finanzplatz Schweiz hätte sicher genügend Vorteile, um auch ohne Fluchtgelder gut existieren zu können. Dies gilt zumindest dann, wenn die Schweizer Banken durch Aufhebung bequemer wettbewerbsbeschränkender Absprachen - zum Beispiel bezüglich der weltweit zweithöchsten Courtagen⁷⁰ - kundenfreundlicher und auch für institutionelle Anleger konkurrenzfähiger werden. Dass die Schweizer Banken auf Schmutzgelder an sich nicht angewiesen wären, mag ein kleines Beispiel zeigen. Die Zürcher Bank Vontobel entschied sich vor zwei Jahren, freiwillig über das Gesetz und die Sorgfaltspflichtvereinbarung hinauszugehen. Seither besteht sie darauf, alle KundInnen persönlich kennenzulernen, TreuhänderInnen oder AnwältInnen als Strohleute akzeptiert sie nicht mehr. Folge davon: Innerhalb eines Jahres wanderte 0,5 bis 1 Prozent ihres gesamten PrivatkundInnen-Depotwertes ab. Trotzdem nahm in der gleichen Zeitspanne die Summe der verwalteten Privatvermögen um 20 Prozent zu - "ganz offensichtlich, weil Leistung und Service stimmten und die Bank zweifelhafte Geheimniskrämerei nicht nötig hatte."⁷¹

In diesem Sinn sind für den ganzen Finanzplatz Schweiz Leistung statt Fluchtgelder gefragt.

Fussnoten

- 1) Als Auslöser für eine breite Diskussion über die grosse Bedeutung der Kapitalflucht für die Verschuldungskrise der Dritten Welt wirkten verschiedene 1985/86 publizierte Kapitalfluchtschätzungen: Weltbank (1985:74ff.), Erbe (1985), Morgan Guaranty Trust Company (1986), Cuddington (1986). Im Oktober 1986 organisierte das renommierte Institute for International Economics (IIE) eine Konferenz über die Kapitalflucht. Lessard/Williamson (1987) fasst die Konferenzbeiträge zusammen und dürfte derzeit noch immer die beste umfassende Problemübersicht darstellen.
- 2) Hebdo, 24.7.86
- 3) vgl. Lessard/Williamson (1987:202).
- 4) Definition von William R. Cline in Lessard/Williamson (1987:82).
- 5) Für die Länder mit einem Ertragsbilanzüberschuss, wie etwa die Schweiz, bildet der private Kapitalabfluss in dieser Sichtweise keine Kapitalflucht. Der private Kapitalexport hat in diesem Fall vielmehr positive gesamtwirtschaftliche Auswirkungen für das Abflussland.
- 6) Wie wirkungsvoll solche Devisenrestriktionen zur Bekämpfung der Kapitalflucht sind, ist umstritten. Im Zusammenhang mit wirtschaftspolitischen Anpassungsmassnahmen im Abflussland machen solche Regelungen kurzfristig aber auf alle Fälle einen Sinn: Sie können dazu beitragen, den Teufelskreis von Kapitalflucht und Krisenverschärfung zu unterbrechen und damit Entwicklung in Gang zu setzen. Auch empirische Untersuchungen deuten auf die Wirksamkeit solcher Kapitalausfuhrkontrollen hin; vgl. Lessard/Williamson (1987:238ff.).
- 7) Wagner/Beutler (1983:92).
- 8) Eine ausführliche Darstellung der Methoden findet sich bei Deppler/Williamson (1987:41ff.). Methode 1 wird dort als "private claims measure", Methode 2 als "broad measure", Methode 3 als "derived measure" bezeichnet.
- 9) Duwendag (1989:4).
- 10) Deppler/Williamson (1987).
- 11) vgl. Duwendag (1986) und (1989).
- 12) Die Morgan Guaranty Trust Company beziffert beispielsweise den Bestand an Fluchtgeldern Venezuelas für 1987 auf 58 Milliarden Dollar (gemäss Economist 1989:11). Die Fluchtgelder liegen somit bei 175 Prozent der gesamten Auslandsschulden Venezuelas von 33 Milliarden Dollar.
- 13) Je nach Ländergruppe der Dritten Welt entfallen zwischen 14 bis 26 Prozent der gesamten staatlichen Fiskaleinnahmen auf Importsteuern; vgl. Weltbank (1988:96).
- 14) Diese Problematik ist am Beispiel des schweizerischen Aluminiumkonzerns Alusuisse ausführlich dargestellt in Bauer u.a. (1989).
- 15) Eine ausführliche Diskussion dieser Motive findet sich bei Walter (1985).
- 16) Als Offshore-Zentren werden international ausgerichtete Finanzplätze bezeichnet, die wegen der liberalen Wirtschafts- und Steuergesetzgebung besondere Vorteile bieten.
- 17) vgl. Brailard (1987:75ff.)
- 18) Duwendag (1989)
- 19) Duwendag (1989:5)
- 20) Vgl. etwa die Rede von Erzbischof Dom Helder Camara (Brasilien), in: Basisgruppe Theologie (1981:23f.)
- 21) Zitiert nach: Couvrat/Pless (1988:325)

- 22) Elsenhans (1989) zeigt prägnant auf, warum die Eliten aufgrund der ökonomischen-strukturellen Rahmenbedingungen "nicht anders handeln (können)".
- 23) Bei diesen Angaben handelt es sich um aktualisierte Schätzungen von McKinsey (1986), welche in Economist (1989) zusammengefasst sind.
- 24) Economist (1989:25).
- 25) Die drei Grossbanken haben einen Anteil von 40-50 Prozent am gesamten schweizerischen Vermögensverwaltungsgeschäft für PrivatkundInnen, gegen 30 Prozent entfallen auf spezialisierte Wertschriftenbanken sowie Privatbanken, in die restlichen 20-30 Prozent teilen sich Kantonal- und Regionalbanken sowie Auslandsbanken. Economist (1989:14).
- 26) Die Schätzung findet sich in Bauer (1983). SBG-Generaldirektor Hanselmann hält dazu fest, "dass die in unserem Land liegenden Fluchtkapitalien im internationalen Vergleich gering sind, jedenfalls mit Sicherheit nicht an die durch Entwicklungsadvokaten behaupteten über hundert Milliarden Franken herankommen." (Hanselmann, 1984:15).
- 27) Telefonische Auskunft von M. Minder, stellv. Vizedirektor in der Abteilung Private Anleger des SBV.
- 28) vgl. SNB, Das schweizerische Bankwesen im Jahre 1988, S.203ff.
- 29) Vgl. Economist (1989:21).
- 30) Der Bruttogewinn aller Banken betrug 1988 25,5 Milliarden Franken; vgl. SNB, Das schweizerische Bankwesen im Jahre 1988, S.215.
- 31) Die SNB weist in ihrer Jahresstatistik ("Das schweizerische Bankwesen im Jahre 19..") die Verpflichtungen und Treuhandverpflichtungen von rund 140 Schweizer Banken gegenüber dem Ausland seit 1976 nach Ländergruppen und seit 1984 länderweise gegliedert aus.
- 32) NZZ, 30.5.89.
- 33) Tages-Anzeiger, 12.7.89.
- 34) SNB, Das schweizerische Bankwesen im Jahre 1988, Tab. 32 und 38.
- 35) Tages-Anzeiger, 30.5.86.
- 36) vgl. Bernasconi (1988:33).
- 37) Hanselmann (1988:29).
- 38) vgl. Anmerkungen zu Tabelle 3.
- 39) Treuhandgelder, die eine schweizerische Spezialität darstellen, spielen in den andern Ländern nahezu keine Rolle und werden von der BIZ nicht ausgewiesen.
- 40) berechnet nach IMF, International Financial Statistics, div. Jahrgänge.
- 41) Duwendag (1986:136)
- 42) Ausführlicher werden diese Faktoren diskutiert bei Bauer (1983:26ff.)
- 43) Bilanz 3/89, S.101.
- 44) Vgl. Economist (1989:26).
- 45) Economist (1989:28).
- 46) Entsprechende Forderungen finden sich etwa in den Studien von kirchlicher Seite: Peter/Ruh/Höhn (1981), Wagner/Beutler (1983); in unterstützenden Publikationen zur Bankeninitiative, z.B. Strahm (1978) und (1984), Bauer (1983); in Forderungen nach der Bankeninitiative, z.B. Aktion Finanzplatz Schweiz - Dritte Welt (1984), Dossier Schweiz-Philippinen (1986).
- 47) In einem Interview in "Der Staatsbürger", zitiert nach Dossier Schweiz-Philippinen (1986:24).
- 48) Aussage von Daniel Zuberbühler, Vizepräsident der EBK, zitiert nach Dossier Schweiz-Philippinen (1986:24).

- 49) mündliche Beantwortung vom 19.6.89 einer Interpellation von Ständerat Onken (89.386) vom 22.6.89.
- 50) NZZ, 7./8.6.86.
- 51) Der Spiegel, Nr.16/1987, S.190
- 52) Der Spiegel, Nr.16/1987, S.188
- 53) Antwort des Bundesrates vom 29.2.88 auf Einfache Anfrage von Nationalrat Braunschweig (87.736) vom 18.12.1987.
- 54) Hanselmann (1988:45).
- 55) Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (VSB) vom 1. Juli 1987 (leicht veränderte Fassung der VSB von 1977 und 1982).
- 56) So hält beispielsweise der New Yorker Professor Ingo Walter fest: "Swiss 'guidance' of political capital flight is alleged to be substantial, particularly through overseas branches", in: Lessard/Williamson (1987:122).
- 57) Economist (1989:22).
- 58) Laut Associated Press, 12.3.89.
- 59) Taxation and the Abuse of Bank Secrecy, in: OECD (1987).
- 60) Bertolami (1989a).
- 61) vgl. dazu auch Bauer (1989a).
- 62) Entspricht einem Vorschlag von Lessard/Williamson (1987)
- 63) Dieser Vorschlag wurde eingebracht von Diaz-Alejandro (1984)
- 64) Die entsprechenden Kontoeinlagen aus der Dritten Welt (inkl. Finanzzentren und Mittelost) betragen unter Ausklammerung der nicht-verrechnungssteuerpflichtigen Bankenkreditoren 50 Milliarden Franken. Der daraus entstehende jährliche Verrechnungssteuerertrag für die Bundeskasse kann auf rund 500 Millionen veranschlagt werden.
- 65) vgl. Fussnote 50)
- 66) vgl. dazu auch Aktion Finanzplatz Schweiz - Dritte Welt (1984)
- 67) Basler Zeitung, 30.5.89.
- 68) vgl. dazu auch Bertolami (1989b).
- 69) vgl. Economist (1989:26), welcher diese EG-Auswirkungen als den grossen Nachteil Luxemburgs gegenüber der Schweiz einstuft.
- 70) Kommission für Wertschriftenkäufe und -verkäufe, geregelt in der Courtagen-Konvention, die durch die Vereinigung schweizerischer Effektenbörsen erlassen worden ist.
- 71) Bertolami (1989a).

Angeführte Literatur

Aktion Finanzplatz Schweiz - Dritte Welt (1984): Fluchtgeld und Sorgfaltspflicht. Postulate zur Bankengesetz-Revision aus entwicklungspolitischer Sicht, Bern.

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (1989): 59. Jahresbericht, Basel.

Basisgruppe Theologie (1981): Kirche Schweiz und Dritte Welt: Eine Dokumentation zum Bereich Fluchtgelder und Bankeninitiative, Zürich.

Bauer Tobias (1983): Fluchtgeld ist Fluchgeld, Ein Dossier zur Kapitalflucht in die Schweiz, hrsg. von der Aktion Finanzplatz Schweiz - Dritte Welt, Bern.

Bauer Tobias (1989a): Reformansätze in den Industrieländern zur Abwehr von Fluchtgeldern, in: Zwischenbilanz der internationalen Schuldenkrise. Erfahrungen und Neuansätze, Köln: Deutscher Instituts-Verlag.

Bauer Tobias u.a. (1989b): Silberstreifen am Horizont. Alusuisse - eine Schweizer Kolonialgeschichte, Zürich: Limmat.

Bernasconi Paolo (1988): Finanzunterwelt. Gegen Wirtschaftskriminalität und organisiertes Verbrechen, Zürich und Wiesbaden: Orell Füssli.

Bertolami Silvio (1989a): Steigen unsere Mieten, weil Kashoggi sitzen muss?, in: Die Weltwoche vom 1.6.89.

Bertolami Silvio (1989b): Kavalier, kannst ruhig sein, in: Die Weltwoche vom 8.6.89.

Braillard Philippe (1987): Der Finanzplatz Schweiz. Regierungspolitik und internationale Konkurrenzfähigkeit, Genf.

Couvrat Jean-Francois, Nicolas Pless (1988): La face cachée de l'économie mondiale, Paris: Hatier.

Cuddington John T. (1986): Capital Flight: Estimates, Issues, and Explanations, Princeton Studies in International Finance No. 58, Princeton: Princeton University.

Deppler Michael, Martin Williamson (1987): Capital Flight: Concepts, Measurement, and Issues, in: Staff Studies for the World Economic Outlook, Washington: International Monetary Fund.

Diaz-Alejandro Carlos (1984): I Don't Think We Are in Kansas Anymore, in: Brookings Papers on Economic Activities, No. 2.

Dossier Schweiz-Philippinen (1986): Die stinkenden Milliarden, hrsg. von der Aktion Finanzplatz Schweiz - Dritte Welt und der Gruppe Schweiz - Philippinen, Bern/Zürich.

Duwendag Dieter (1986): Kapitalflucht aus Entwicklungsländern, in: A. Gutowski (Hrsg.), Die internationale Schuldenkrise. Ursachen - Konsequenzen - Historische Erfahrungen, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Berlin: Duncker&Humblot.

Duwendag Dieter (1989): Kapitalflucht aus Entwicklungsländern. Die Regierungen haben die Schulden, die Eliten die Dollars, in: Entwicklung und Zusammenarbeit 3/89, S.4f.

Economist (1989): Money Talks, Wealth Wispers (Sonderteil über "Private Banking"), 24.6.89.

Eisenhans Hartmut (1989): Warum Eliten nicht anders handeln (können), in: Entwicklung und Zusammenarbeit 3/89, S.10f.

Erbe Susanne (1985): The Flight of Capital from Developing Countries, in: *Intereconomics* (Nov./Dec.).

Hanselmann Guido (1984): *Fluchtgeld aus Entwicklungsländern. Dichtung und Wahrheit*, hrsg. von der Schweizerischen Bankgesellschaft, Zürich.

Hanselmann Guido (1988): *Kapitalflucht - Wesen und Wertung*, Wolfsbergsschriften Band 13, Weinfelden.

Lessard Donald R., John Williamson (eds.): *Capital Flight and Third World Debt*, Washington: Institute for International Economics.

McKinsey & Company (1986): *Perspektiven für den schweizerischen Privatbankenmarkt*, Zürich (mimeo).

Morgan Guaranty Trust Company (1986): *LDC Capital Flight*, in: *World Financial Markets* (March).

Peter Hans-Balz, Hans Ruh, Rudolf Höhn (1981): *Schweizer Banken und Sozialethik*, hrsg. vom Institut für Sozialethik des SEK, Bern/Lausanne.

OECD (1987): *International Tax Avoidance and Evasion, Issues in International Taxation* No. 1, Paris.

Strahm Rudolf H. (1978): *Bildungsdossier Banken, Materialien zum Finanzplatz Schweiz und zur Bankeninitiative der SPS*, hrsg. vom Zentralsekretariat der SP Schweiz, Bern.

Strahm Rudolf H. (1984): *Dossier SPS/PSS, Die Bankeninitiative, Argumente und Materialien zur Volksabstimmung vom 20. Mai 1984 und danach*, Bern.

Wagner Antonin, Friedrich Beutter (1983): *Finanzplatz Schweiz - Dritte Welt*, hrsg. von der Schweizerischen Nationalkommission *Justitia et Pax*, Fribourg: IMBA.

Walter Ingo (1985): *Secret Money, The World of International Financial Secrecy*, London/Boston/Sydney: Allen&Unwin.

Weltbank (1985): *Weltentwicklungsbericht 1985, Auslandskapital und Entwicklung*, Washington.

Weltbank (1988): *Weltentwicklungsbericht 1988*, Washington.